



Dringliches Postulat

44/19 betreffend Erhalt von 700 Arbeitsplätzen

Ausgangslage

Eine umfassende Berichterstattung zeigt auf, dass im Zusammenhang mit der drohenden Insolvenz des Stahlkonzerns Schmolz + Bickenbach auch das Swiss-Steel-Werk in der Gemeinde Emmen mit existenziellen Gefahren konfrontiert ist. Bis jetzt haben sich der Luzerner National- und Ständerat sowie der Regierungsrat des Kantons Luzern für den Erhalt der 700 Arbeitsplätze eingesetzt. Der Konzern benötigt zusätzliches Kapital. Die Übernahmekommission (UEK) legte den aufgegleisten Kapitalmassnahmen formelle Hürden, welche keine Rücksicht auf die betroffenen Menschen in unserer Region nehmen. Die freisinnigen Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt waren seit jeher Grundlagen und Fundament der Erfolgsgeschichte der Schweiz. Auf diesen Werten basieren freisinnige Errungenschaften wie unsere liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, Föderalismus, direkte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, ein starker, aber schlanker Staat, das Milizsystem, ein gutes Bildungssystem und Weltoffenheit. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und in Krisen dürfen liberale Lösungsansätze nicht an formaljuristischen Klauseln scheitern. Ein Investor ist bereit, die finanzielle Krise abzuwenden und damit auch in sozialer Eigenverantwortung 700 Arbeitsplätze zu sichern. Diese Eigenverantwortung muss unterstützt werden, denn nur sie kann sicherstellen, dass für unzählige Familien in der Region das Einkommen und damit die wirtschaftliche Unabhängigkeit gewahrt bleibt. Es braucht aber vor allem Vernunft, Weitsicht, Verantwortung für Mitmenschen bei den zuständigen Instanzen und Behörden. Der Gemeinderat Emmen muss auch daran interessiert sein, dass die zuständigen Behörden und Instanzen sich für das Wohlergehen der ganzen Region einsetzen.

Fragen

In diesem Zusammenhang sind folgende Fragen zu beantworten

1. Welche Schritte kann der Gemeinderat in dieser Situation beeinflussen respektive unterstützen?
2. Wie viele der 700 Betroffenen leben in der Gemeinde Emmen?
3. Welche Auswirkungen hätte dies auf unsere Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung punkto zu bewältigenden Mehraufwand?

Antrag

Der Gemeinderat Emmen wird aufgefordert, die zuständigen Behörden und Instanzen auf die mit dem formalen Verhalten im Zusammenhang mit notwendigen Finanzspritzen für Schmolz + Bickenbach hinzuweisen.

Ausserdem soll er sich für den Erhalt der 700 Arbeitsplätze einsetzen und gleichzeitig auch die notwendigen Planungen für das Worst-Case-Szenario an die Hand nehmen.

Im Weiteren wird der Gemeinderat aufgefordert, sich, auf allen Ebenen, für den Erhalt des Industriestandortes Emmenbrücke einzusetzen.

Emmenbrücke, 1. Dezember 2019

Im Namen der FDP Fraktion

Beat Niederbeger

Olivia Bucher

Dominik Marti